



Sozialdemokratische
GewerkschafterInnen
in der AK Wien

Antrag Nr. 15

der Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen
an die 166. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 25. Mai 2016

EARLY SCHOOL LEAVERS – RECHT AUF BILDUNG

Forderung:

Die Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien fordert einen Maßnahmenkatalog zur Senkung der Early School Leavers:

- **Präventive Angebote und Interventionen im Bildungssystem.**
- **Ein Übergangsmangement von der Schule in eine weiterführende Ausbildung - SchulabgängerInnen sollen vor Erreichung der 9. Schulstufe verpflichtend an die Sozialministeriumsservice (SMS)/Koordinierungsstelle gemeldet werden.**
- **Jugendcoaching verpflichtend für alle Schulen einführen.**
- **Recht auf (Rückkehr in die) Schule – Schulplatz bis 18 Jahre.**
- **Jugendliche bis 18 Jahre, die keinen positiven Pflichtschulabschluss erreicht haben, sollen das Recht bekommen, den Pflichtschulabschluss an einer Schule zu absolvieren. Der Landesschulrat soll als Ansprechperson für die Suche nach der geeigneten Schule in Wohnortnähe dienen.**
- **Anrechenbarkeit von bereits erworbenen Kompetenzen bei Schulwechsel.**
- **Wenn Jugendliche die Schule wechseln oder überhaupt neu ins österreichische Schulwesen einsteigen, soll ein Kompetenzcheck vor Aufnahme die Einordnung in die richtige Stufe/Klasse erleichtern und über Zusatzunterstützung allfällig nachzuholende Kompetenzen erworben werden können. Über die Modularisierung der Oberstufe in den weiterführenden Schulen (ab 2017/18) sollte dieser Kompetenzcheck erleichtert werden.**
- **Zielgruppenspezifische Handlungsschwerpunkte (zB junge Eltern, QuereinsteigerInnen).**
- **Jugendliche mit Betreuungspflichten - Vereinbarkeit von Familie und Ausbildung („learn & care“).**
- **Lehrberufe: bessere Gestaltung der Übergänge beim Einstieg und Abschluss der Lehre.**

Begründung:

Frühe SchulabgängerInnen (Early School Leaver, ESL) und Jugendliche, die weder einer formalen Bildungsaktivität (Schule, Universität) noch einer Beschäftigung nachgehen (NEET) sind, wie aus zahlreichen Studien hervorgeht, eine sehr heterogene Gruppe. Es scheint also wenig sinnvoll, allgemeine Interventionsprogramme zu initiieren, ohne auf die individuellen Lagen der Betroffenen einzugehen. So ist zB das Drittel der Nichterwerbstätigen überwiegend junge Frauen mit Betreuungspflichten.



Sozialdemokratische
GewerkschafterInnen
in der AK Wien

Diese Gruppe ist stark durch Mehrfachbelastungen gefordert. Ein Wiedereinstieg ins Bildungs- und berufliche Ausbildungssystem ist oft durch Multiproblemlagen behindert. Hinzu kommen die regional unterschiedlichen Öffnungszeiten der Kinderbetreuungseinrichtungen. Die jungen Eltern (vor allem Mütter) sind von Transferleistungen abhängig. Für diese Gruppe braucht es passende Angebote und unterstützende Beratung mit Perspektivenplan. Angebote an Teilzeitausbildungen (zB eine Teilzeitlehre), die länger und weniger stundenintensiv sind.

30 bis 40 Prozent der frühen AusbildungsabbrecherInnen warten auf eine Lehrstelle. Unbegleitete Wartephasen führen zu psychosoziale Belastungen, Isolation und negativen Selbstbildern und später zu schwierigen Bildungs- und Erwerbsverläufen. Das Beispiel Wiens zeigt, dass ein Ausbau der Überbetrieblichen Ausbildungsstätten (ÜBA) die Übergangszeiten deutlich verkürzen kann. Sinnvoll wäre eine stärkere Rolle der Berufsschulen: Ein Recht auf Berufsschule ohne Lehrstelle würde Wartephasen verhindern oder zumindest verschieben und die Jugendlichen länger im Schulsystem halten. Berufsschulen könnten so auch bei der Lehrstellensuche unterstützen. Die hohen Abbruchzahlen am Ende der Lehrzeit legen eine Neugestaltung der Kopplung zwischen Lehrausbildung und Lehrabschlussprüfung nahe (zeitlich näher, Lehrlingsförderung an Prüfungsabschluss binden).

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig